

# Sand im Getriebe

Sondernummer 10/2013 PDF-Version: [www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/](http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/)  
Einzelne Artikel: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)



11.10: Podiumsdiskussion in Düsseldorf

## „Das Europa von morgen – Kooperation statt Konkurrenz. Strategie für einen Neuanfang“ mit K.-H. Roth und P. Wahl

Einige frühere Beiträge der beiden Redner in SiG:

**Karl-H. Roth:** SiG 103: Für ein egalitäres Europa, SiG 96: Im Laboratorium Griechenland  
**SiG 71:** Globale Krise - Globale Proletarisierung- Gegenperspektiven  
**Peter Wahl:** SiG 87, 96: zu G20; SiG 22, 51, 58, 59 zu G8 / SiG 46 zu WTO  
**SiG 68:** Neoliberalismus oder Kapitalismus; SiG 35 und 42: Strategiedebatten

## Rossana Rossanda, Susan George, Elmar Altvater, Samir Amin, Philippe Askenazy, Luigi Ferrajoli u. a. m.

### Another Road for Europe

Der Neoliberalismus und die Finanzwelt haben Europa als Geißel genommen und in eine tiefe Krise gestürzt. In den letzten zwanzig Jahren wurde die Bedeutung der Europäischen Union, die an einem konstanten, demokratischen Defizit leidet, auf den engen Blickwinkel des Gemeinsamen Marktes und der Gemeinschaftswährung reduziert. Liberalisierungen, Spekulationsblasen und der Abbau individueller und sozialer Rechte führten zu explosiven, wachsenden Ungleichheiten. Dies ist nicht das Europa, das vor Jahrzehnten als ein kriegsfreier Raum wirtschaftlicher und politischer Integration entworfen wurde. Dies ist nicht das Europa, das durch wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, wie auch durch die Erweiterung der Demokratie und sozialer Rechte aufgebaut werden sollte.

Jenes europäische Projekt ist nun in Gefahr. Im Angesicht der Finanzkrise haben europäische Autoritäten und Regierungen unverantwortlich gehandelt: Sie retteten Privatbanken, aber lehnten es ab, Instrumente der Währungsunion zu nutzen, um die Schwierigkeiten der verschuldeten Länder einzugrenzen. Sie erlegten allen Ländern Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen auf, die nun in die Europäischen Verträge eingemeißelt werden. Dies führt zu dem Ergebnis, dass die Finanzkrise sich auf weitere Länder ausweitet, der Euro in Gefahr ist, und eine neue Große Depression mit dem Risiko der europäischen Desintegration lauert.

**SiG 36: S. Amin: Der kapitalistische Genozid SiG 69 „Nicht nur eine Finanzkrise“**

**SiG 92: D. Harvey: Der verwilderte Kapitalismus / Griechenland SiG 81 bis 85; 89; Nr. 91 bis 99, Nr. 104(SiG 96: Syriza)**

Europa kann nur überleben, wenn ein anderer Weg eingeschlagen wird. Ein anderes Europa ist möglich. Europa muss Soziale Gerechtigkeit, Verantwortung für die Umwelt, Demokratie und Frieden bedeuten. Danach sieht sich der Großteil der europäischen Kultur und Gesellschaft. Das ist der Weg, den uns die großen Bewegungen für Gerechtigkeit, für Würde und gegen die Sparpolitik weisen. Auf der Reise zu einem anderen Europa müssen Visionen der Veränderung, Proteste und Alternativen in einen gemeinsamen Rahmen gestellt werden. **Dafür schlagen wir sechs Ziele vor:**

#### Eine begrenzte Finanzwelt.

Die Finanzwelt – die Wurzel der Krise – sollte daran gehindert werden, die Wirtschaft zu zerstören. Die Währungsunion sollte neu organisiert werden und eine kollektive Garantie für öffentliche Schulden der Eurozone enthalten; die Europäische Zentralbank sollte die Rolle eines Kreditgebers letzter Instanz für die Union übernehmen. Es darf nicht dazu kommen, dass das Burden von Schulden Länder in finanzieller Not zerstören.

**SiG 75 : Umverteilen – Umgestalten / SiG 83: Rick Wolff: Besteuerung der Reichen oder Anhäufung von Staatsschulden**

Alle Finanztransaktionen müssen besteuert werden, Ungleichgewichte, die durch Kapitalmobilität entstehen, müssen verringert werden. Auch sollten striktere Regeln die spekulativsten und risikoreichsten finanziellen Aktivitäten eindämmen, die Trennung zwischen kommerziellen Banken und Investitionsbanken muss wiederhergestellt werden und eine öffentliche europäische Ratingagentur ins Leben gerufen werden.

**SiG 88: Attac De, Wiss. Beirut: Manifest zur Krise des Euro / SiG 91: Europ. Attac**

**SiG 91: E. Toussaint: Illegitime Schulden im Norden müssen annulliert werden.**

**SiG 93: Michel Husson: Eine kooperative Lösung für Europa (S. auch SiG 87)**

**SiG 95: C. Felber: Rettungsprogramm für den Euro / SiG 96: C. Schuhler: Das Euro-Debakel**

**SiG 103: Wirtschaftswissenschaftler europaweit: Was tun mit den Schulden und mit dem Euro? / Mehrere Artikel in SiG 97**

#### Für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Europa darf sich nicht auf alte und neue Stabilitätspakte oder auf Gesetze, die sich ausschließlich auf den Binnenmarkt und die Gemeinschaftswährung beziehen, beschränken. Die Handlungen Europas müssen Ungleichgewichte in der Realwirtschaft betreffen und einen Umschwung in der wirtschaftlichen Entwicklung bewirken.

Wir brauchen profunde Änderungen im Steuersystem und eine europäische Steuerharmonisierung. Außerdem sollte die Besteuerung Arbeitnehmer entlasten und Reichtum wie auch nichterneuerbare Ressourcen belasten. Dies soll neue Einkünfte bringen, um Europäische Ausgaben zu finanzieren. Öffentliche Ausgaben – auf nationalem und europäischem Niveau – sollten genutzt werden, um Nachfrage zu stimulieren, Sozialpolitik abzusichern, und öffentliche Dienstleistungen zu erweitern.

Die Industrie- und Innovationspolitik muss die Produktion und den Konsum von hochwertigen High-tech Produkten mit Nachhaltigkeit fördern.

Das Einführen von Eurobonds betrifft nicht nur die Refinanzierung öffentlicher Schulden, sondern soll auch dazu beitragen, die ökologische Wende der europäischen Wirtschaft zu finanzieren.

#### Umgestalten!!!

**SiG 63: Umweltbewegung in den Ländern des Südens SiG 66: Ernährungssouveränität:**

**SiG 47: Solidarische und nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft SiG 75: Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum ? / VerkehrsWende**

**SiG 63, 77, 78, 79, 83 : Klimagerechtigkeit**

**SiG 88: Attac At: Eine andere Welt gestalten! Ein gutes Leben für alle ermöglichen!**

**SiG 96: Inter. Gewerkschaftsbund zu Rio+20 SiG 90: Beilage „Jenseits des Wachstums“**

„Was heißt anderes Europa?“ (2004), „Wohin steuert Europa?“ (2007), „Europa neubegründen!“ (2012) - diese SiG-Überschriften drücken die Suche nach einer sozialen, ökologischen, demokratischen und friedfertigen Alternative zu der Zwangsjacke der neoliberalen EU-Konstruktion aus, die trotz ablehnender Referenden in Frankreich und Irland durchgeboxt wurde (SiG 43, 44, 58, ...).

Der Widerstand gegen die sozial verheerenden Maßnahmen der Troika, aber auch gegen die Verrechtlichung der kapitalistischen Herrschaft in ihrer neoliberalen Ausprägung (gegen Fiskalpakt, Wirtschaftsunion, Wettbewerbspakt, TTIP,...) setzt sich fort – mit Höhen und Tiefen, begleitet von mannigfaltigen Versuchen, sich über das „andere Europa“ und die Schritte dahin zu verständigen.

Wir haben in den letzten Jahren eine Fülle von Erklärungen und Analysen veröffentlicht (Übersicht in SiG 100 und 97). Es sieht so aus, dass jetzt verstärkt daran gearbeitet wird, mit anderen Gruppen/Netzwerken/Initiativen „eine strategische Debatte über die Gemeinsamkeiten, Differenzen und Leerstellen unserer Kämpfe führen“ (Blockupy-Aufruf, Okt. 2013), denn „Europa braucht dringend Signale der Zusammengehörigkeit und Solidarität“ (Gewerkschafter/-innen zu Alterssummit, SiG 103).

Die Erklärung „Another Road for Europe“ von Dez. 2011 spricht die Themen an, die Klärung bedürfen, das Alterssummit-Manifest (Juni 2013) auf der Rückseite ist der Zwischenstand eines Abstimmungsprozesses zwischen Organisationen in Europa, die ihre Vernetzung hin zu gemeinsamen Aktionen verstärken wollen. (SiG-Redaktion)

#### Mehr Arbeitsplätze und soziale Rechte, weniger Ungleichheiten.

Der Wohlfahrtsstaat und seine sozialen Rechte stehen im Mittelpunkt Europas. Jahrzehntlang hat die Politik unsichere Arbeitsplätze, Armut und Arbeitslosigkeit hingenommen. Nachdem die Ungleichheit auf den Stand der 1930er Jahre zurückgeschraubt wurde, muss es zur Priorität Europas werden, stabile und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, Niedrigverdienende zu unterstützen, und die Rechte der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen und Demokratie am Arbeitsplatz zu sichern. Dies gilt vor allem für die Arbeitsbedingungen der Frauen und Jugend.

**SiG 34: Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen- 30 Stunden sind schon lange genug! Auch in: SiG 26, 31, 67, 72, 76, 78, 103**

**SiG 95: Die dreifache Umverteilung von unten nach oben SiG 97: N. Liebert: Fataler Reichtum - Zu viel Geld in falschen Händen**

#### Die Umwelt schützen.

Nachhaltigkeit, die Grüne Wirtschaft, Energie- und Rohstoffeffizienz steht nun im Zentrum des europäischen Wirtschaftswachstums. Alle Entscheidungen müssen die Konsequenzen für die Umwelt einbeziehen, sowie dazu beitragen, dass Klimawandel bekämpft wird und erneuerbare Energien genutzt werden. Es geht darum, saubere, erneuerbare Energien, Energieeffizienz, lokale Produktion und Nüchternheit des Konsums zu fördern.

#### Demokratie leben.

Die Formen der repräsentativen Demokratie durch Parteien und Regierungen und der Sozialdialog sind immer weniger fähig, aktuelle Probleme zu lösen. Auf dem europäischen Niveau ersetzen Beschlüsse der Mächtigen immer mehr den Prozess der gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung.

Die Krise verringert die Legitimität der EU-Institutionen: die Kommission agiert immer mehr wie ein simpler bürokratischer Arm der stärksten Mitgliedsstaaten, die Zentralbank ist nicht rechenschaftspflichtig und das Europäische Parlament nutzt nicht die Macht, die ihm zur Verfügung steht, wobei es sowieso immer noch von wichtigen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik ausgeschlossen ist. In den letzten Jahrzehnten haben die europäischen Bürger eine zentrale Rolle bei sozialen Mobilisierungen und gelebter direkter Demokratie gespielt. Sie haben sich für Bewegungen wie das Europäische Sozialforum und die Proteste der „Indignados“ engagiert.

**Occupy, Indignados: SiG 91, 92, 93, 94 Blockupy: SiG 98, 99, 101, 103 Alterssummit: SiG 97, 99, 101, 103, 104, 105**

Diese Erfahrungen brauchen eine Antwort institutioneller Art. Es ist nötig, eine Brücke zwischen sozialem Wandel und den politischen und institutionellen Begebenheiten, die Überbleibsel der Vergangenheit, zu schlagen. Die europäischen Gesellschaften dürfen sich

nicht nur nach Innen orientieren. Die soziale und politische Integration von Migranten ist eine zentrale Aufgabe für die europäische Demokratie. Engere Verbindungen können, nach dem Fall ihrer autoritären Regime, mit den Demokratisierungsbewegungen der südlichen Mittelmeerstaaten aufgenommen werden.

**SiG 85: Klassenrassismus SiG 98: „Eine andere Welt ist möglich“ aus der rechten Ecke? SiG 97: Euro-Krise und Rechtspopulismus**

#### Frieden bringen und Menschenrechte sichern.

Die europäische Integration hat es ermöglicht, Konflikte aus Jahrhunderten zu überwinden, aber Europa bleibt immer noch ein Standort für Atomwaffen und aggressive militärischer Strategien. Nicht umsonst sind die europäischen Militärausgaben ein Fünftel dessen, was weltweit für Sicherheit und Krieg ausgegeben wird: 316 Milliarden Dollar im Jahr 2010! Drastische Kürzungen und Verhaushalten innerhalb der Verteidigungshaushalte müssen eiligst erfolgen, und dies nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Haushaltsprobleme.

Der Frieden Europas ist nicht auf Militärmacht begründet, aber auf eine Politik gemeinsamer, menschlicher Sicherheit, die zum Frieden und Schutz der Menschenrechte führt. Europa muss sich den neuen Demokratien des Mittelmeerraums in gleichem Maße öffnen, wie es sich Zentral- und Osteuropa seit 1989 zugewandt hat.

**SiG 62: Mahnkopf/ Altvater: EU-eine imperiale Großmacht? Nato-Proteste: SiG 72 und 73 SiG 87: „Aufrüstung Global“**

**SiG 76: Responsibility to protect: Freibriefe für imperiale Kriege? (Ngugi wa Thiong'o / Noam Chomsky) - SiG 89: W. Bello: Humanitäre Interventionen – eine gefährliche Doktrin**

Wir schlagen vor, diese Agenda für ein Anderes Europa dem Europäischen Parlament und den europäischen Institutionen vorzustellen. Diese neue Bedeutung Europas wird schon von transnationalen Bürgerbewegungen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Gewerkschaftskämpfen sichtbar gemacht. Es muss nun das europäische Machtgefüge und die europäische Politik bestimmen.

Vor dreißig Jahren, am Anfang des „neuen Kalten Kriegs“ zwischen Ost und West, kam die Idee auf, ein Europa frei von Militärblöcken zu schaffen. Der Ursprung dieser Idee des Appells für europäische nukleare Abrüstung (European Nuclear Disarmament) lautete: „Wir müssen damit anfangen, so zu handeln als ob ein vereintes, neutrales, und friedliches Europa bereits existierte.“ Jetzt, in Mitten der Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Bürokratiekrise müssen wir damit beginnen, ein egalitäres, friedliches, grünes und demokratisches Europa zu schaffen. 9. Dez.2011.

**EU- Verfassung: SiG 43, 45, 57, 63, 65, 67 SiG 103: Gegen den geplanten Wettbewerbspakt: SiG104: Kritik an TTIP USA-EU**

### Ein Manifest der Menschen in Europa, Juni 2013

Europa steht vor dem Abgrund. Die Austeritätspolitik treibt die Menschen in Europa in die Armut, untergräbt die Demokratie und zerstört soziale Errungenschaften. Die wachsende Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Umweltzerstörung nimmt zu und humanitäre Krisen verüben die am stärksten betroffenen Länder. Hauptleidtragende sind Frauen und junge Menschen.

Die europäische Oligarchie setzt zunehmend autoritäre Methoden ein, um ein gescheitertes neoliberales System zu erhalten, ungeachtet breiten Protestes und Widerstands. Demokratie und Frieden sind in Gefahr. Die religiös, rassistisch, homophob, sexistisch und nationalistisch motivierte Diskriminierung nimmt zu und die Krise verschärft sich Tag für Tag. Während die Existenz der EU selbst auf dem Spiel steht, schwächt die gegenwärtige Politik die Solidarität zwischen den Menschen in Europa.

Unser dringendstes Anliegen ist die Schaffung eines Europas auf der Basis von Gleichheit, Solidarität und echter Demokratie. Derzeit dienen EU-Institutionen und europäische Regierungen den Finanzmärkten und missachten die demokratische Souveränität (popular sovereignty). Sie müssen demokratischer Kontrolle unterstellt werden, das öffentliche Wohl muss Vorrang erhalten und ökologische wie auch soziale Bedürfnisse müssen erfüllt werden. Auf diesen Prinzipien gründen wir in Solidarität mit den Menschen auf der ganzen Welt unsere Forderungen nach einem demokratischen, sozialen, ökologischen und feministischen Europa.

### I. Den erzwungenen Schuldendienst beenden

Die öffentliche Verschuldung hat ihren Ursprung in ökonomischen und politischen Entscheidungen, die noch immer auf der Agenda der EU-Institutionen und der europäischen Regierungen stehen. Die jahrzehntelange zurückhaltende Steuerpolitik hat ganz bewusst den unerhörten Reichtum einer kleinen Minderheit vermehrt, während gleichzeitig die Einnahmen der öffentlichen Hand sanken und Banken mit Steuergeldern gerettet wurden. Die Austeritätspolitik hat Haushalte und kleine Unternehmen ihrer Mittel beraubt und die wirtschaftliche Rezession zunehmend verschärft. Spekulation mit öffentlichen Anleihen gehört für private Banken zum täglichen Geschäft, während öffentliche Finanzen durch Korruption und Kungelei zwischen Politik und Privatwirtschaft vergeudet wurden. Zudem geht die private Verschuldung in vielen Ländern auf Darlehen zurück, die vom Finanzsektor wie auch von Regierungen durch aggressive Werbemethoden gefördert wurden und als Ausgleich für stagnierende Reallohne bei gleichzeitig steigenden Preisen dienen sollten. Die von europäischen Institutionen und Regierungen eingeführten Maßnahmen zielen darauf ab, dass die Menschen für all diese Schulden aufkommen. Jedoch können diese Schulden größtenteils als illegitim angesehen werden, weil sie ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl entstanden sind. Mittlerweile ist klar, dass einige Länder nie in der Lage sein werden, ihre Schulden zurückzuzahlen.

**Menschenrechte vor Schuldendienst, menschliche Bedürfnisse vor Profit.** Wir fordern dringende europaweite Maßnahmen, die die Menschen vom Druck der Finanzmärkte und der Austeritätspolitik befreien. Haushalts-, Steuer- und Geldpolitik müssen geändert werden um der Schuldenfalle zu entkommen.

**Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen**  
1. **Sofortige Annullierung der „Memoranden“**, die überschuldeten Ländern von der Troika aufgezungen wurden. Streichung eines erheblichen Teils der öffentlichen Schulden ohne Verletzung der berechtigten Interessen der Kleinanleger/-innen, Kleinsparer/-innen und Kleinentrenter/-innen. Die Banken und der gesamte Finanzsektor müssen ihren Anteil an den Verlusten tragen. Die genaue Höhe der Schuldenstreichungen sollte in einem demokratischen Prozess ermittelt werden, dazu können **Schuldenaudits** als geeignetes Mittel dienen.

2. **Aussetzung des Schuldendienstes**, bis die Bevölkerungen vor steigender Armut und Arbeitslosigkeit geschützt sind, wirtschaftliche Entwicklung und ökologischer Umbau sichergestellt sind, der öffentliche Dienst gestärkt ist und soziale und ökonomische Rechte gewährleistet sind.

3. Beteiligung des reichsten Teils der Bevölkerung mit einer **einmaligen Vermögensabgabe**,

4. Verpflichtung der Europäischen Zentralbank und anderer öffentlicher europäischer Finanzinstitute zu direkter Staatsfinanzierung unter demokratischer Kontrolle, zu niedrigen Zinsen und ohne Zwang zu neoliberalen „Reformprogrammen“.

### II. Für ein ökologisches und soziales Europa: Kürzungsprogramme zurücknehmen

In ganz Europa, besonders in Ländern Süd- und Osteuropas, sind brutale Austeritätsmaßnahmen umgesetzt worden – vorgeblich um den Schuldendienst sicherzustellen und die Verschuldung zu verringern. Ganze Bevölkerungen sind überlastet, öffentliche Ausgaben wurden in wesentlichen Bereichen massiv gekürzt und sinnvolle Investitionen in Forschung und wirtschaftliche Aktivitäten verringert, obwohl diese Ausgaben zu einem sozialen und ökologischen Umbau beitragen könnten.

Diese von EU-Institutionen und europäischen Regierungen erzwungenen Austeritätsmaßnahmen erzeugen eine Abwärtsspirale, zerstören Volkswirtschaften, führen zu steigender Arbeitslosigkeit und Armut sowie zu steigenden Schulden und Defiziten und verschärfen die ökologische Krise und die Umweltzerstörung. Unterdessen kann sich eine kleine Minderheit maßlos bereichern.

**Mehr als die Hälfte des europäischen Vermögens ist heute in Händen von zehn Prozent der Bevölkerung.** Die gegenwärtige Politik ist so gestaltet, dass sie diese Ungerechtigkeit ebenso aufrechterhält wie das neoliberale Modell, das unseren Planeten zerstört und demokratische wie soziale Rechte untergräbt.

**Wir fordern eine vollständige Abkehr von dieser Politik und ein Gesellschaftsmodell, das soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, eine gerechte Verteilung des Reichtums, ökologische Nachhaltigkeit und den Schutz der Gemeingüter sicherstellt.**

### Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen

1. **Stopp der Austeritätspolitik**, die Europa immer tiefer in die Rezession treibt. Aufhebung oder Ablehnung der Verträge und Regulierungen, die diese Politik festschreiben, dazu gehören der Fiskalpakt, der Sixpack, der Twopack und der zurzeit verhandelte Pakt für Wettbewerbsfähigkeit. Die **Handelungleichgewichte** in der Eurozone müssen reduziert werden, indem die Politik der Überschussländer angepasst wird, und nicht, indem Defizitländern Austeritätsmaßnahmen auferlegt werden. Die **Finanzpolitik** muss Gegenstand demokratischer Entscheidungsprozesse bleiben.

2. Sicherstellung von **Steuergerechtigkeit** durch die Einführung einer gerechten, progressiven und dauerhaften Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinnen mit effektiven Mindestsätzen in allen europäischen Ländern. Die Erhöhung von Verbrauchsteuern wie der Mehrwertsteuer ist zurückzunehmen, bei Produkten des täglichen Bedarfs sind diese Steuern deutlich zu verringern. Steueroasen sind zu schließen, Maßnahmen gegen Betrug, Steuervermeidung und -hinterziehung sind zu verschärfen.

3. Entwicklung **europaweiter öffentlicher Investitionsprogramme unter gesellschaftlicher Kontrolle zum sozialen und ökologischen Umbau**. Dieser Umbau sollte auf einer Industrie- und Agrarpolitik basieren, die auf die ökologische Krise ebenso eingeht wie auf die Notwendigkeit, Millionen hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, und die sich auf ökologisch nachhaltige und gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten im öffentlichen Interesse stützt. Dazu gehören verstärkte Investitionen in Bildung, Energiewende, öffentliche Verkehrsmittel und Ernährungssouveränität. Gleichzeitig sind **Rüstungsausgaben** und ökologisch wie gesellschaftlich nachteilige Aktivitäten abzubauen. Die öffentlichen Haushalte der EU und der Staaten in Europa sind entsprechend umzustrukturieren.

4. Stärkung und Weiterentwicklung der gesellschaftlichen und ökologischen **Gemeingüter**. Neudefinition und Ausweitung des öffentlichen Dienstes, dazu gehören die Bereiche Gesundheitsversorgung, wissenschaftliche Forschung, Bildung, Kleinkinderbetreuung, Verkehr, Energie, Wasser, Information und Kultur, öffentliche Wohnungswirtschaft, Kreditwesen u. a. m. . **Die Privatisierung dieser Bereiche ist zu stoppen**, ihre kooperativen und öffentlichen Eigentumsstrukturen sind zu stärken und ihre demokratische Kontrolle ist zu regeln.

### III. Rechte für alle:

#### Nein zu Armut und Unsicherheit

Die Austeritätspolitik greift soziale und ökologische Rechte an und zerstört die soziale Sicherheit. Sie führt in vielen Ländern zu einem Rückgang des Lebensstandards und zu akuten humanitären Notsituationen. Massenarbeitslosigkeit und eine radikale Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sind die Folgen. Das wiederum führt zu einem inakzeptablen Anstieg der Armut: In der EU sind heute 120 Millionen Menschen arm.

In der gegenwärtigen Krise gehen die Maßnahmen dieser Politik sogar noch weiter: Die Rechte der Arbeitnehmer/-innen und die Funktion der Gewerkschaften werden geschwächt, einschließlich ihrer Organisationsfähigkeit und ihrer Tarifverhandlungsfähigkeit. Diese Politik macht Wettbewerbsfähigkeit zum Prinzip um die Bevölkerung zu spalten, Gewinne zu erhöhen, Löhne zu senken und die Natur ebenso wie menschliche Aktivitäten zur Ware zu machen. Freihandelsabkommen fördern den Wettbewerb um die niedrigsten sozialen, ökologischen und steuerrechtlichen Standards.

**Unter prekären Bedingungen lebende Menschen, Arbeiter/-innen, Arbeitslose, Behinderte und Rentner/-innen sind am stärksten betroffen**, unter ihnen wiederum in erster Linie Frauen, junge Menschen sowie Migrantinnen und Migranten. Frauen sind besonders betroffen von den Angriffen auf Arbeitsrechte und müssen die Zerstörung des öffentlichen Dienstes oft mit unbezahlter Pflegearbeit ausgleichen; Migrantinnen und Migranten werden grundlegende Rechte versagt und eine ganze Generation junger Menschen in Europa sieht sich mit einer noch nie da gewesenen Arbeitslosigkeit und einem massiven sozialen Abstieg konfrontiert.

**Wir fordern, dass unabdingbare demokratische, ökonomische, ökologische und soziale Rechte für alle Menschen gelten.**

**Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen**  
1. Wiederherstellung des Rechts, **Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe** zu führen; Erhaltung oder Wiederinkraftsetzung der Tarifverträge und der Rechte der Arbeitnehmer/-innen, die im Zuge der Austeritätspolitik eingeschränkt wurden. **Garantierte Demokratie am Arbeitsplatz** muss grundlegendes Recht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sein, die **ILO-Standards** und die **Europäische Sozialcharta** sind uneingeschränkt einzuhalten, prekäre Arbeitsverhältnisse müssen beseitigt werden.

2. **Sozial- und Lohndumping** in Europa und weltweit muss beendet werden, zum Beispiel durch internationale Abkommen. In Europa ist eine gemeinsame Basis für allgemeine Garantien zu entwickeln, die ein hohes Niveau der **sozialen Sicherungen** und ökonomischen Rechte sicherstellen.

3. Löhne sind zu erhöhen, ein angemessener **Mindestlohn** für alle Arbeitnehmer/-innen ist per Gesetz oder Tarifvertrag in allen Staaten ebenso einzuführen wie ein **Mindesteinkommen**, das ausreichend ist um ein Leben in Würde zu ermöglichen. **Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Lohnausgleich, Sicherstellung einer gerechten Verteilung von unbezahlter sozialer Arbeit, Förderung hochwertiger und nachhaltiger Beschäftigungsverhältnisse für alle bei **guten Arbeitsbedingungen**, **drastischer Abbau von Lohnunterschieden** in einem Unternehmen.

4. Schutz des Eigentums verschuldeter Haushalte, Einführung des **Rechts auf angemessenen Wohnraum**, **voller Zugang zu Gesundheitsversorgung** und hochwertiger medizinischer Versorgung.

5. **Herstellung der Gleichheit von Frauen und Männern** bei Löhnen, Renten und beruflicher Entwicklung sowie Verbot einer auf Geschlecht, ethnischer Herkunft, Staatsangehörigkeit oder sexueller Orientierung beruhenden **Diskriminierung** am Arbeitsplatz. Entschiedene Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

6. Stärkung des Schutzes von **Migrantinnen und Migranten** auf sozialer und politischer Ebene. Die Kriminalisierung von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen ist zu beenden. Für Migrantinnen und Migranten haben die gleichen Rechte zu gelten. Das **Asylrecht** ist zu gewährleisten, Sammellager sind zu schließen, die EU-Agentur **Frontex** ist aufzulösen, ihre Tätigkeit an den Außengrenzen der EU ist einzustellen.

### IV. Für eine demokratische Wirtschaftsordnung: Banken müssen dem Gemeinwohl dienen

Der Zusammenbruch des privaten Bankensystems im Jahr 2008 war kein Unfall, sondern

eine direkte Folgeerscheinung eines Finanzsystems, das nur Anteilseignern und Spekulanten dient – zum Schaden des Gemeinwohls. In den vergangenen Jahrzehnten haben Regierungen dieses System gefördert und gestärkt, indem sie jeder Forderung der Finanzindustrie nachgegeben sind. Zahlreiche öffentliche oder kooperative Kreditinstitute, die sich der Finanzierung sinnvoller regionaler Aktivitäten gewidmet hatten, wurden privatisiert. Währenddessen hat das Fehlen einer effektiven Regulierung kriminellen Vereinigungen weltweit ermöglicht, ihr Geld zu waschen und ihre Profite frei zu investieren. Regierungen reagierten auf die Krise, indem sie hunderte Milliarden Euro auf Kosten der Steuerzahler/-innen in die Rettung von Banken steckten, der Finanzindustrie bedingungslose Garantien gewährten und damit private Banken noch zusätzlich stärkten.

**Damit der Bankensektor und die Finanzindustrie von nun an dem Gemeinwohl, der Gesellschaft und der Umwelt dienen, muss die unangemessene Macht der Finanzinstitute durch strenge Regulierung sowie öffentliche und demokratische Kontrolle von Banken beschränkt werden.**

### Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen

1. Die umfassenden öffentlichen Garantien für private Finanzinstitute sind zu überprüfen; im Fall einer **Bankenpleite** muss eine öffentliche Kontrolle greifen um negative Auswirkungen auf die Gesellschaft zu verhindern. Die Anteilseigner und Gläubiger von Banken müssen ihren Teil des Verlustes tragen. Banken, die mit öffentlichem Geld aufrechterhalten werden, sind zu vergesellschaften.

2. **Banken** und alle anderen Finanzinstitute sind einer effektiven und strengen Regulierung zu unterstellen, Investment- und Geschäftsbanken sind vollständig voneinander zu trennen. **Steuer-oasen** sind zu schließen und außerbilanzielle Aktivitäten zu unterbinden. Das **Bankgeheimnis** ist abzuschaffen. Eine **Finanztransaktionssteuer** ist ebenso einzuführen wie eine **Kontrolle von Kapitalflüssen**. Banken, die „to big to fail“ sind, müssen in handhabbare Einheiten zerlegt werden.

3. Die **demokratische Kontrolle von Banken und Finanzinstituten** ist zu verstärken. Die **Kreditvergabe** muss sich auf Aktivitäten konzentrieren, die Arbeitsplätze schaffen und die soziale und ökologische Entwicklung stärken. Öffentliche und genossenschaftlich organisierte Institute genießen Vorrang und werden gefördert.

### Aufstehen für Demokratie!

Die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa zeitigen einen **erheblichen Abbau der Demokratie**. Die demokratische Debatte ist nahezu zum Erliegen gekommen, Repressionen gegen soziale Bewegungen nehmen zu und die Spaltung zwischen den Menschen und zwischen den Staaten wird stärker. Das vorhersehbare Ergebnis ist ein **Aufstieg rassistischer, rechtsradikaler und faschistischer Bewegungen**, da teilweise direkt gegen Migrantinnen und Migranten, Arme, Minderheiten, Ausländer/-innen und Menschen in anderen Teilen Europas **Ressentiments** geschürt werden. **Der beste Weg, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist die Austeritätspolitik zu beenden.**

**Alternativen sind vorhanden: Es liegt in unserer Verantwortung, die Machtverhältnisse zu ändern mit dem Ziel, eine echte politische, soziale und ökonomische Demokratie in Europa zu errichten.**

**\* Weil wir eine selbsternannte europäische Oligarchie ablehnen, \* weil wir die Ausbeutung von Mensch und Natur in Europa und der ganzen Welt ablehnen, \* weil wir den Beitrag der EU zu Konflikten und Militarisation ablehnen, \* weil wir die Beendigung der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen und die Abschaffung des Patriarchats fordern, \* weil wir echte Demokratie, echte Teilhabe [und „popular sovereignty“] fordern, \* weil wir eine Gesellschaft fordern, die soziale und ökologische Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt, sind wir entschlossen, eine gemeinsame Bewegung für ein demokratisches, soziales, ökologisches und feministisches Europa zu schaffen!** Wir unterstützen und stärken einander in unseren jeweiligen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Wir wollen unsere Kräfte bündeln um gemeinsam für die Durchsetzung unserer Forderungen zu kämpfen und sie Wirklichkeit werden zu lassen – durch nationale und europaweite Aktionen. [www.altersummit.eu](http://www.altersummit.eu)